افغانستان آزاد _ آزاد افغانستان

AA-AA

اد بدین بوم و بر زنده یک تن میباد یم از آن به که کشور به دشمن دهیم

چو کشور نباشد تن من مبساد همه سر به سر تن به کشتن دهیم

www.afgazad.com afgazad@gmail.com

European Languages (ویائی

Ausgabe vom 25.07.2018

Von Knut Mellenthin 26.07.2018

Bannon versucht Comeback

Ehemaliger Berater des US-Präsidenten will Führung der europäischen Rechten übernehmen. Stiftung zur Finanzierung von deren EU-Wahlkampf geplant



Der ehemalige Chefstratege des Weißen Hauses am 6. März auf einer Tagung der Schweizer Weltwoche in Zürich

Foto: Moritz Hager /REUTERS

Es braucht wenig, um bei den deutschen Mainstreamparteien Alarm auszulösen. Politiker von CDU/CSU, SPD und Grünen kündigten am Montag an, den Plänen des extrem rechten US-Publizisten Stephen Bannon geschlossen entgegentreten zu wollen. Als hätte

der ehemalige Chefberater von US-Präsident Donald Trump etwas ganz Neues vorgeschlagen, klagte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Schneider: »Populismus und Nationalismus würden die EU ins Chaos stürzen.« Die FDP-Außenpolitikerin Renata Alt sprach von einem »Frontalangriff gegen die EU und die europäischen Werte«, der CSU-Mann Florian Hahn witterte »unzulässige Wahlbeeinflussung von außen«, und die frühere Chefin der Grünen-Bundestagsfraktion, Renate Künast, forderte ein Einreiseverbot für Bannon.

Das Internetportal *The Daily Beast* hatte am Freitag ein Hintergrundgespräch mit dem ehemaligen Betreiber des rechten Onlinemediums *Breitbart News* veröffentlicht. Unter den *Daily Beast*-Autoren sind sowohl Trump-Anhänger als auch Bannon-Kritiker. In diesem Fall ging es offenbar darum, einem guten Bekannten einen Gefallen zu tun und dessen Ankündigung zu verbreiten, er werde mit einer neuen Stiftung Einfluss auf die Wahlen zum EU-Parlament im kommenden Jahr nehmen. Die Organisation mit dem Namen »The Movement« (Die Bewegung) werde ihren Hauptsitz in Brüssel haben und europäische Rechtspopulisten unterstützen. Zur Wahl im Mai 2019 wolle er eine »Supergruppe« rechter Parteien zusammenbringen, der er zutraue, künftig ein Drittel der Abgeordneten in Strasbourg zu stellen, erzählte Bannon.

Deutsche und österreichische Medien übernahmen das Gebotene ohne Zeichen von Zweifeln und druckten Schlagzeilen wie »Bannon plant rechte Revolte in Europa« oder »Bannon will Nationalisten Europas vereinen«. Dabei regieren die längst – allein oder als Koalitionspartner in Italien, Österreich, Ungarn und Polen. In Frankreich bekam die Rechtspopulistin Marine Le Pen bei der Präsidentenwahl 2017 immerhin 34 Prozent der Stimmen. Die italienische Lega, die österreichische FPÖ und auch die deutsche AfD betreiben jeweils eigene Projekte für einen engeren Zusammenschluss europäischer Rechtsparteien, die im EU-Parlament als Fraktion »Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit« vertreten ist.

Bannon teilte *Daily Beast* derweil mit, seine Stiftung solle Umfragen, Formulierungshilfen für politische Botschaften, Know-how in der Datenerfassung und in der Ansprache von Zielgruppen sowie Untersuchungen von Thinktanks zur Verfügung stellen. Das Hauptquartier von »The Movement« solle in Brüssel eingerichtet werden, mit der Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern solle in den kommenden Monaten begonnen werden. Bis zur Wahl soll das Team aus mehr als zehn Personen bestehen. Falls das Projekt sich als erfolgreich erweise, könnten es später bis zu 25 Personen werden, sagte Bannon.

Es sind jedoch keine Fakten bekannt, die darauf hindeuten, dass es sich bei den Plänen um mehr als Phantasien des Medienmachers handelt. Der Rechtspopulist, dem viele seiner Gegner geradezu geniale Fähigkeiten andichten, verlor im August 2017 das Vertrauen des US-Präsidenten und seinen Job im Weißen Haus. Im Januar 2018 wurde er auch von *Breitbart News*, deren geistiges Oberhaupt er gewesen war, gefeuert. In beiden Fällen ging es nicht um politische Meinungsverschiedenheiten, sondern um Bannons anscheinend unkontrollierbaren Hang zu Intrigantentum, Illoyalität und Klatsch.

Dem ehemaligen Wahlkampfleiter und Berater Trumps geht es in erster Linie darum, mit Geschichten wie der über seine geplante Stiftung im Gespräch zu bleiben und zu demonstrieren, dass mit ihm noch zu rechnen ist. Dabei kommen ihm die Mainstreammedien fast ausnahmslos entgegen, indem sie die Bedeutung seiner Person und seiner angeblichen Pläne weit übertreiben.

Damit soll nicht geleugnet werden, dass Bannon Kontakte zu einigen rechtspopulistischen Politikern in Europa hat. Beispielsweise hielt er im März eine Rede auf einer Parteikonferenz des französischen Front National (inzwischen in »Rassemblement National« umbenannt). Die Kovorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Alice Weidel, traf sich im Frühjahr in der Schweiz mit ihm, zeigte sich schwer beeindruckt und nannte seine angeblichen Europapläne jetzt »sehr spannend und ambitioniert«. Einer von Bannon gelenkten Kommandozentrale wird sich vermutlich dennoch kaum jemand unterordnen wollen.